

# Mürb: Drei-Säulen-Modell steht auf tönernen Füßen

## CDU-Abgeordnete begrüßen Bewegung im Handschriftenstreit

pp. Die Landesvereinigung Baden in Europa begrüßt die Erkenntnis der Landesregierung, dass ein Verkauf von wertvollem Kulturgut aus der Handschriftensammlung der Badischen Landesbibliothek nicht verantwortet werden kann. Das so genannte Drei-Säulen-Modell von Ministerpräsident Günther Oettinger steht nach Meinung von Robert Mürb, dem Vorsitzenden der Vereinigung, aber „auf tönernen Füßen“. Mürb verwies erneut darauf, dass sowohl die Erhaltung der Handschriftensammlung als auch der Kloster- und Schlossanlage Salem eine Aufgabe des gesamten Landes Baden-Württemberg sei. Er erneuerte deshalb den Vorschlag, die Erhaltung von Schloss Salem aus der Landesstiftung zu finanzieren. Die Erträge dieser Stiftung seien so hoch, dass die erforderlichen Mittel jährlich bereitgestellt werden könnten.

Mürb ruft die Bürgerinnen und Bürger Karlsruhes auf, durch ihre Unterschrift ihren Protest gegen den Verkauf badischen Kulturgutes, der nach Meinung der Landesvereinigung noch nicht vom Tisch ist, zu dokumentieren. Unterschriftenlisten liegen heute, Samstag, von 10 bis 15 Uhr am Stand vor der Kleinen Kirche aus, von 9 bis 11 Uhr am Stand auf dem Markt in Rüppurr, von 9 bis 12 Uhr am

Stand auf dem Markt in Durlach und von 13 bis 17 Uhr am Stand auf dem Stephanplatz.

Anders als die Landesvereinigung betrachten die Karlsruher CDU-Landtagsabgeordneten Manfred Groh und Katrin Schütz das Drei-Säulen-Modell als den richtigen Weg, um die Sammlung der wertvollen Handschriften in der Badischen Landesbibliothek nicht auseinander reißen zu müssen. Manfred Groh tritt weiter dafür ein, dass das Land das Schloss Salem übernimmt. Katrin Schütz setzt auf Sponsoren. Das Angebot Oettingers, wonach das Land zu jedem gesponserten Euro einen eigenen dazu gibt, gelte es anzunehmen.

Der CDU-Kreisvorsitzende Ingo Wellenreuther, der – wie Groh und Schütz – am Mittwochabend an der Gesprächsrunde im Staatsministerium teilgenommen hat, sagte, es sei deutlich geworden, dass die Schriftensammlung als Einheit erhalten werden sollte und dass eine gerichtliche Auseinandersetzung mit dem Haus Baden nichts bringe. Als interessanten Ansatz empfindet Wellenreuther den Vorschlag, alle Kunsteinrichtungen des Landes sollten überprüfen, ob sie durch die Veräußerung von Gegenständen zur Beschaffung der 70 Millionen Euro für das Haus Baden beitragen können.